

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsgesellschaft für Druck und Verlags- u. Vertriebsarbeiten, Dresden, Postfach 1048

Druck u. Verlag: Kierisch & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/32, Fernruf 25291, Postfach 1048 Dresden

Verlagsgesellschaft für Druck und Verlags- u. Vertriebsarbeiten, Dresden, Postfach 1048

## 99,9 v. H. für Rumäniens neue Verfassung

### Die Grundlage für die autoritäre Politik König Carols

Bukarest, 25. Februar.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis der öffentlichen Abstimmung über die neue rumänische Verfassung haben sich 4 288 808 Wahlberechtigte an der Abstimmung beteiligt. Davon haben 4 283 395 (99,9 v. H.) mit Ja, 5413 (0,13 v. H.) mit Nein gestimmt. Für Bukarest lautet das Ergebnis 226 505 Ja, 277 Nein. Der 24. Februar, der Tag der Abstimmung, ist zum rumänischen Nationalfeiertag erklärt worden.

Am Donnerstag fand in ganz Rumänien die Abstimmung über die vor drei Tagen bekanntgemachte neue Verfassung des Königs Karl. Die Beamten, Lehrer, öffentlichen Angestellten usw. wurden von ihren Arbeitstätten geschlossen zu den Abstimmungslokalen geführt. Aus dem ganzen Lande liegen amtliche Berichte vor, denen zufolge die Bevölkerung sich überall mit Begeisterung für das neue Regime ausgesprochen und kundgetan hätte, daß sie der politischen Situation müde sei. Auch das Deutschum in Rumänien stimmte für die neue Verfassung.

Das Volk ist einst in der Form vor sich, daß jeder männliche Bürger über 21 Jahre für wahlberechtigt erklärt worden war, auch wenn er nicht in den bisher geführten Wählerlisten verzeichnet stand. Die Stimmbücher konnte in jedem beliebigen Wahllokal erfolgen, der Wähler brauchte sich nur über keine Person auszuweisen und wurde dann mit seinem Namen, jedoch ohne Angabe seiner Anschrift, in die Liste der Ja-Stimmen aufgenommen. Durch die Abstimmung und durch Anschläge war die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Abstimmungspflicht besteht. Stimmenthaltung wurde mit einer Geldstrafe bedroht. Soweit feststellbar, haben diese Bestimmungen der Abstimmungspflicht und Offenheit der Abstimmung großen Eindruck gemacht. Bereits in den Vormittagsstunden hatte sich ein großer Teil der Bevölkerung in die Ja-Listen aufnehmen lassen.

Auf verschiedene Fragen aus der Innenminister bekannt, daß als nächste gegebener Arbeit ein Verwaltungsverfahren beschreiben, dem Verwaltungsverfahren folgen. Dann kämen das in der Verfassung vor-

gelebene Wahlsystem und allgemeine Wahlen. Ein Zeitpunkt für diese Wahlen wurde jedoch nicht genannt.

### König Carol fährt nach London

Bukarest, 25. Februar.

König Carol von Rumänien wird am 22. März nach London abreisen, wo er am 24. März eintrifft. Sein Besuch beim englischen Königshaus ist auf drei Tage bemessen.

### Die Tagung der Balkan-Entente beginnt

Istanbul, 25. Februar.

Der griechische Ministerpräsident Metaxas, der jugoslawische Ministerpräsident Cvetkovic, und der rumänische Unterstaatssekretär Petrescu kommen in Istanbul am Donnerstag gemeinsam im Konferenzsaal ein. Die Tagung der Balkan-Entente beginnt. Die türkischen Vertreter werden die Bedeutung der Balkan-Entente in der Balkan-Raum mit besonderem Interesse verfolgen. Es wird erwartet, daß die Tagung zu einer Verständigung über die Angelegenheiten Jugoslawiens zur Balkan-Entente zu führen wird.

### Fünfjähriger Aufbauplan für die Türkei

Ankara, 25. Februar.

Kudgenben von den Erklärungen, die Staatspräsident Atatürk bei der Eröffnung des Parlamentes abgab, und entsprechend dem Regierungsprogramm ist am Donnerstag in einem Ministerrat, zu dem auch der Generalstabchef hinzugezogen wurde, die Ausarbeitung eines fünfjährigen Aufbauplanes für die Türkei beschlossen worden. Der fünfjährige Plan wurde anschließend von einem Kabinettsausschuß, der aus dem Ministerpräsidenten, dem Verteidigungsminister und dem Finanzminister bestand, festgelegt.

## Einsichtsvolle außenpolitische Haltung im Oberhaus

### Verständnis für Deutschland - Halifax über den Ausgleich mit Italien

London, 25. Februar.

Im Oberhaus fand am Donnerstagabend eine außenpolitische Aussprache statt, deren Ausgangspunkt der Rücktritt Eden war.

Lord Pothian (Oppositionsliberaler) schloß sich sehr für Chamberlain ein. Das fürliche Manifest der Labour Party fadelte er als einen Aufruf zu einem antisozialistischen Kreuzzug. Pothian sprach von dem moralischen Verfall der Genfer Liga und erklärte, der Hauptgrund für alle Schwierigkeiten, denen man sich jetzt gegenübersehen, sei die Behandlung, die man Deutschland in den Nachkriegsjahren widerfahren ließ. Der Redner erinnerte an die Diskriminierung Deutschlands in der Frage der Reparationen und an die Mißhandlung. Man habe von deutschen „Vertrauensverletzungen“ gesprochen, weil deutsche Truppen in ihr eigenes Land zurückgeführt wurden. Man habe aber kaum etwas von ihnen Verletzungen durch Frankreich gehört, die im Einverständnis mit England geschähen seien. Pothian befahte sich schließlich mit Hitler und Mussolini und betonte abschließend, er sei überzeugt, daß Hitler wirklich friedfertig sei.

Der konservative Lord Londonderry erklärte, wegen des Widerstandes Frankreichs und wegen des Fehlens einer vorwärtschauenden Politik habe man nie die Freundschaftshand, die Deutschland hingereicht habe, angenommen und Deutschland nicht aus den Schwierigkeiten herausgeholt. Er sei überzeugt, daß man sich mit Deutschland und den übrigen Ländern Europas verständigen könne, wenn man den rechten Weg wählt und realistisch denkt.

Im Namen der Regierung schloß Lord Halifax die Aussprache ab. Er erklärte zunächst, es habe nie die Absicht bestanden, zu etwas anderem als zu einem rein englisch-italienischen Abkommen zu gelangen, niemals habe man ein Dreier-Abkommen ins Auge gefaßt. Auf die kommenden englisch-italienischen Verhandlungen anspielend, erwiderte Lord Halifax: Wir können enttäuscht sein, wenn dies der Fall ist, braucht das aber nicht notwendigweise zu bedeuten, daß wir unrecht haben oder diejenigen, die anderer Ansicht sind, recht haben. Es würde lediglich beweisen, daß wir uns und die Verhandlungen wieder einmal härter als unsere Erwartungen waren. Ich erwarte nicht daran, daß es recht ist, den Versuch zu unternehmen. Ich kann Ihnen versichern, daß das, was unsere Politik in den letzten Wochen war, auch heute unsere Politik bleibt. Die Nationen würden sich nicht scheuen, wenn sie glauben, daß die jüngsten Ereignisse irgendeinen Wechsel gebracht haben.

Auf Frage der Genfer Liga erklärte Halifax, alle Mitglieder der Liga seien sich einig, daß die aktuelle Situation ein sehr schlechtes Beispiel sei. Unter Befehl der Liga erklärte Halifax, er wüßte nicht, dieses Experiment noch einmal wiederholt zu sehen. Zur Frage der Konferenz-

nung Kethlopens erklärte Halifax, zumindest würde man englischerseits bereit sein, die Anerkennung der Tatsache der italienischen Eroberung Kethlopens ins Auge zu fassen, vorausgesetzt, daß die Genfer Liga zustimme. Dies allerdings nur als Teil einer allgemeinen Regelung aller offenkundigen Fragen zwischen den beiden Ländern. Halifax wandte sich dann gegen die Kriegsbürger und erklärte, daß England keine Furcht vor einem Krieg habe.

### Der neue Staatssekretär im Foreign Office

Londoner Morgenblätter melden, daß Ministerpräsident Chamberlain dem Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium R. A. Butler den Posten des Unterstaatssekretärs im englischen Außenamt als Nachfolger Cranborne angeboten hat. Butler habe angenommen. „Daily Telegraph“ rechnet im übrigen damit, daß Lord Halifax, ebenfalls heute zum Außenminister ernannt werden wird. — Unterstaatssekretär Butler ist 36 Jahre alt. Er ist seit der Berufung Chamberlains als Premierminister Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium.

## Gegenab zwischen Regierung und Parteien in Japan

### Um das Mobilisierungsgesetz - Die Regierung nimmt den Kampf mit dem Parlament auf

Tokio, 25. Februar.

Das Nationale Generalmobilisierungsgesetz, das der japanischen Regierung weitgehende Vollmachten zur Durchführung der Mobilisierung aller militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Landes erteilt, liegt bei der ersten Beratung im Unterhaus auf dem Tisch. Während die Regierung das Gesetz als Ausnahme-gesetz bezeichnet, wußte sie sich auf die in der Verfassung vorgesehenen Ausnahmeregelungen für Kriegszeiten zu beziehen, erklären die großen Parteien, daß das Gesetz verfassungswidrig sei. Außerdem fordern sie Vollmachten, die lediglich dem Lenno im Kriegsfall oder im Falle einer nationalen Notlage zustünden. Eine Einigung zwischen Regierung und Parlament über eine Abänderung des Gesetzes scheint kaum möglich, zumal das Parlament eine Verantwortung der Interpellationen durch die einzelnen Minister. — Ministerpräsident Fuchū Konoe ist verfrankt — als ungenügend angesehen.

Demgegenüber erklärte Kriegsminister Sugiyama ausdrücklich, daß Japan nicht nur mit dem Internationalen, sondern vielleicht auch mit „Japanischen“ „Japanischen“ „Japanischen“

### Reichsminister Junk eröffnet die Leipziger Messe

Berlin, 25. Februar.

Der Reichs- und preussische Wirtschaftsminister Junk eröffnete die Leipziger Frühjahrsmesse am Sonntag, dem 6. März, beginnende Leipziger Frühjahrsmesse eröffnete und auf der aus diesem Anlaß im Gewandhaus stattfindenden Kundgebung sprach.

### Lügenfabrikanten in Frankreich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Februar.

Die gestrige Rede des Führers in München hat erneut gezeigt, daß die Brunnenvergifter noch immer am Werk sind, und daß immer wieder die unfernlichsten Meldungen von jüdischen und bolschewistischen Hebern verbreitet werden, um die Beziehungen der Völker zu führen. Der Führer hat aber auch seinen Zweifel daran gelassen, daß Deutschland durchgreifen wird, und daß es nicht daran denkt, sich länger diese Brunnenvergiftern gefallen zu lassen.

Angeht es der Bedeutung dieses Themas erscheint es notwendig, nochmals auf die Lügenhebe im „Temps“ zurückzukommen. Bekanntlich hatte der frühere Ministerpräsident Blandin erklärt, daß die Lügenmeldung aus dem französischen Kuwadrtigen Amt komme. Wie man hört, soll die „Temps“-Meldung von einem Mitglied des Quai d'Orsay hinter dem Rücken seiner Vorgesetzten, und vor allem dem Außenminister selbst gemacht worden sein. Auch wenn diese Vermutung richtig ist, so trägt Delbos selbstverständlich die Verantwortung für das, was in seinem Hause vorgeht. Er wird unter diesen Umständen also selbst das allergrößte Interesse daran haben, daß die Unterredung, die er bereits angekündigt hat, schnell durchgeführt wird und zu einer völligen Klarstellung führt.

Nachdem aber diese Angelegenheit geklärt ist, müssen wir uns mit der Enttarnung eines französischen Generals befassen, die ebenfalls nicht geklärt ist, die Beziehungen zwischen Berlin und Paris allseitig zu gestalten. Es ist der sonst nicht sehr bekannte General G. Pellier, der in der Zeitschrift „France Militaire“ in Bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich neben anderen Unrichtigkeiten und Geschwätzereien schreibt: „Der Hitler ist Vagabund“, sagt er, „aber er ist dabei auch ein Räuber, der, statt dich zu ermorden, die Wahl anbietet zwischen Geld oder Leben.“ Es ist unverständlich, wie eine angelegene Zeitschrift, wie die „France Militaire“, ihrem Publikum eine derartige Geschwätzerei vorzusetzen vermag. Mit Recht schreibt der deutsche General der Kavallerie a. D. Grimme, der auf diese Enttarnung des französischen Generals aufmerksam macht, hierzu: Es ist ausgeschlossen, daß ein deutscher Offizier in einer führenden deutschen Zeitschrift in gleicher oder ähnlicher Weise über das französische Staatsobhaupt geschrieben hätte. Stets hat von Offizieren für die Offizierskorps über die Staatsangelegenheiten und über die feindlichen Pläne hinweg eine sachliche Auffassung der Kampfesweise bestanden. Diese hat General G. Pellier bedauerlicherweise aufgegeben.

### Auch ein USG-Record:

### 37,5 Milliarden Dollar Staatsschulden

Washington, 25. Februar.

Das amerikanische Schatzamt hat am Donnerstag seinen Jahresbericht veröffentlicht, nach dem die Staatsschuld die neue Rekordhöhe von 37 617 Millionen Dollar (rd. 35 Milliarden Reichsmark) erreicht hat. Man erwartet, daß das Defizit des Bundeshaushaltes für das laufende Jahr einschließlich der vom Kongreß bewilligten weiteren 250 Millionen Dollar für Nothilfezwecke am 31. Juni, dem Ende des laufenden Rechnungsjahres, eine Höhe von 1544 Millionen Dollar erreicht.

## Gegenab zwischen Regierung und Parteien in Japan

### Um das Mobilisierungsgesetz - Die Regierung nimmt den Kampf mit dem Parlament auf

Tokio, 25. Februar. Das Nationale Generalmobilisierungsgesetz, das der japanischen Regierung weitgehende Vollmachten zur Durchführung der Mobilisierung aller militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Landes erteilt, liegt bei der ersten Beratung im Unterhaus auf dem Tisch. Während die Regierung das Gesetz als Ausnahme-gesetz bezeichnet, wußte sie sich auf die in der Verfassung vorgesehenen Ausnahmeregelungen für Kriegszeiten zu beziehen, erklären die großen Parteien, daß das Gesetz verfassungswidrig sei. Außerdem fordern sie Vollmachten, die lediglich dem Lenno im Kriegsfall oder im Falle einer nationalen Notlage zustünden. Eine Einigung zwischen Regierung und Parlament über eine Abänderung des Gesetzes scheint kaum möglich, zumal das Parlament eine Verantwortung der Interpellationen durch die einzelnen Minister. — Ministerpräsident Fuchū Konoe ist verfrankt — als ungenügend angesehen.

Der britische Botschafter in Rom, Lord Perth, traf am Donnerstagabend, aus Rom kommend, in London ein. Treibmine im Mittelmeer unabsichtlich gemacht. Ein französisches Kriegsschiff hat im Mittelmeer in der Nähe des Schiffsverstehrs von Rebas eine Treibmine, die den Schiffsverkehr gefährdete, durch Raubmengenmehrer verlegt. Ministerpräsident Criska fährt nach Paris. Wie die polnische Presse aus Warschau meldet, ist für Ende März der Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Criska in Aussicht genommen.